

Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobleute Mag. Mayer, Dr. Schöppl, Dr. Maurer MBA und Mag.^a Berthold MBA (Nr. 547 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Landtags-Geschäftsordnungsgesetz geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 2. Juli 2025 mit dem Antrag befasst.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf schildert, dass der vorliegende Antrag darauf abziele, eine Korrektur in der Geschäftsordnung des Landtags (GO-LT) vorzunehmen, um deren volle Anwendbarkeit wiederherzustellen. Hintergrund sei, dass mit der letzten Novelle der Geschäftsordnung die Datenschutzregelungen DSGVO-konform ausgestaltet worden seien. Im Zuge dessen sei durch ein redaktionelles Versehen in der Neufassung von § 46 Abs. 7 GO-LT der Verweis auf § 27 Abs. 3 bis 5 und 7 entfallen. Dieser Verweis sei jedoch notwendig, um die für die Plenarsitzung geltenden Regelungen betreffend Zutritt von Medien und Zuhörern zum Saal und die Vorgehensweise bei Ruhestörungen auch auf Ausschusssitzungen anwenden zu können. Mit dem Gesetzesvorschlag solle daher dieser Verweis wieder aufgenommen werden.

In der Spezialdebatte meldet sich zu den Ziffern 1. und 2. niemand zu Wort und werden diese mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimme der KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Antrag der Abg. Klubobleute Mag. Mayer, Dr. Schöppl, Dr. Maurer MBA und Mag.^a Berthold MBA betreffend ein Gesetz, mit dem das Landtags-Geschäftsordnungsgesetz geändert wird, wird mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimme der KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimme der KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließe

Das in der Nr. 547 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 2. Juli 2025

Der Vorsitzende:

Schernthaner MIM eh.

Die Berichterstatterin:

Dr.ⁱⁿ Pallauf eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 2. Juli 2025:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen der KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.